

VEREINIGUNG VON FREUNDEN
DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE ZU DARMSTADT E. V.
Ernst-Ludwig-Hochschulgesellschaft

Bericht

über die 47. Hauptversammlung am 20. Oktober 1972

Ort: Georg-Moller-Haus
Darmstadt, Sandstraße 10

Beginn: 16.30 Uhr

Anwesend: Etwa 115 Mitglieder und Gäste

Zur Eröffnung der Jahrestagung 1972 nahm der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Ehrensenator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, das Wort:

»Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie zur 47. Hauptversammlung unserer Vereinigung und auch zu unserer Vorstandsratssitzung, die gleichzeitig stattfindet. Ich danke Ihnen für das Interesse, das Sie unseren Bestrebungen durch Ihr Erscheinen bekunden.

Ich stelle fest, daß die Einladung fristgerecht, d. h. 20 Tage vor der Tagung erfolgt ist. Laut Satzung ist die Hauptversammlung damit, unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder, beschlußfähig. Da zu unserer Freude weit mehr als 25% unserer Vorstandsratsmitglieder heute anwesend sind, ist auch die Beschlußfähigkeit der Vorstandsratssitzung gegeben.

Namentlich begrüßen möchte ich den Präsidenten unserer Hochschule, Herrn Professor Böhme, den Vizepräsidenten, Herrn Professor Brandt, und auch den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Herrn Sabais. Dann möchte ich beson-

ders herzlich unseren Ehrenpräsidenten, Herrn Senator Büchner, begrüßen und last not least die Vertreter der Presse aus Darmstadt und Frankfurt.

Im Augenblick habe ich nur die Ehre, Sie zu begrüßen, denn als Punkt 1 der Tagesordnung finden jetzt die **Beratungen des Vorstandsrates** statt und ich darf den Vorsitzenden des Vorstandsrates, Herrn Professor Humbach, bitten, die Leitung der Versammlung zu übernehmen.

Eine Niederschrift über diese Vorstandratssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Herr Dr. Toeller dankte Herrn Professor Humbach für seine Mühewaltung und führte zu Punkt 2 der Tagesordnung

Eröffnung der Mitgliederversammlung und Bericht über das Vereinsjahr 1971/72

folgendes aus: »Meine Damen und Herren, wir beginnen nunmehr mit der eigentlichen Mitgliederversammlung. Wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, müssen wir zunächst feststellen, daß wiederum eine große Anzahl von Persönlichkeiten aus unseren Reihen geschieden sind, deren wir dankbar ehrend gedenken wollen.

Es verstarben am:

die Ehrenmitglieder

- 14. 11. 1971 Dipl.-Ing. Fritz Scharmann, Zell (Odw.)
- 16. 7. 1972 Ehrensensator Dipl.-Ing. Max Freiherr von Varnbüler, Bauernberg, Gem. Prien

das Vorstandsratsmitglied

- 9. 7. 1972 Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Fritz Hinz, Kassel-Wilhelmshöhe

die Mitglieder

- 8. 4. 1971 Ehrensensator Dipl.-Ing. Fritz von Opel, Wiesbaden
- 14. 10. 1971 Oberbürgermeister i. R. Ernst Schroeder, Darmstadt
- 7. 11. 1971 Ehrensensator Verlagsdirektor Eduard Kreuzhage, Weinheim
- 2. 12. 1971 Senatspräsident Dr. jur. Hans Semiller, Darmstadt
- 7. 12. 1971 Dipl.-Ing. Oberpostdirektor Albert Köpping, Darmstadt
- 16. 12. 1971 Professor Dr. phil. Gustav Ehrhart, Bad Soden
- 22. 12. 1971 Dipl.-Ing. Heinrich Wullenweber, Hamburg
- 2. 1. 1972 Karl-Otto Hinz, Darmstadt

- 6. 1. 1972 Ehrensenator Fabrikant Richard Winkler, Rengsdorf
- 8. 1. 1972 Professor Dr.-Ing. Hubert Beck, Frankfurt am Main
- 25. 1. 1972 Ehrensenator Dr. Ernst Becker, Bad Godesberg
- 11. 2. 1972 Dipl.-Ing. Otto Kleinmann, Darmstadt
- 21. 2. 1972 Dipl.-Ing. Karl Flath, Heppenheim
- 13. 3. 1972 Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Adalbert Baumann, Ettlingen
- 28. 3. 1972 Dr.-Ing. Oskar Jüngling, Darmstadt-Eberstadt
- 31. 3. 1972 Dr.-Ing. Hans Steinweg, Lüdenscheid
- 18. 4. 1972 Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Georg Ehlers, Frankfurt am Main
- 8. 5. 1972 Pfarrer Walter Rathgeber, Darmstadt
- 17. 5. 1972 Heinrich Lorz, Darmstadt
- 21. 6. 1972 Ehrensenator Dr. jur. Bernhard Gaber, Frankfurt am Main
- 2. 7. 1972 Dr.-Ing. E. h. Karl Stief, Stuttgart
- 4. 8. 1972 Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Eugen Ernst, Frankfurt am Main
- 20. 9. 1972 Professor Hermann Geibel, Darmstadt
- 5. 10. 1972 Dipl.-Ing. Klaus Reiche, Ober-Ramstadt

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen. Lassen Sie mich kurz über die Veranstaltungen der Vereinigung im abgelaufenen Jahr berichten:

Es fanden drei Vorstandssitzungen statt und eine Sitzung des Vorstandsrates, außerdem ein Besuch des engeren Vorstandes beim Präsidenten der Technischen Hochschule am 8. 6. 1972, kurz nach meinem Amtsantritt. Dieses Gespräch mit dem Präsidenten war, das darf ich wohl sagen, auf beiden Seiten von der Überzeugung getragen, daß auch weiterhin eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit zwischen der Hochschulspitze und dem Vorstand unserer Vereinigung erwünscht und dringend notwendig ist.

Der Mitgliederstand unserer Vereinigung hat sich nicht wesentlich geändert. Am 1. 4. 1971 zählte die Vereinigung 1586, am 1. 4. 1972 1556 Mitglieder. Im Berichtsjahr sind 26 Mitglieder verstorben, 22 sind unbekannt verzogen, 45 Einzelmitglieder und 11 Firmen haben ihren Austritt erklärt. Diesem Abgang von 104 Mitgliedern steht ein Neueintritt von 73 Einzelmitgliedern und 1 Firma gegenüber. Das Ergebnis der Absolventenwerbung ist auch in diesem Kalenderjahr wenig befriedigend. Von 626 angeschriebenen Absolventen haben sich nur 26 zur Mitgliedschaft angemeldet.

Der Vorstand hat sich in seinen letzten beiden Sitzungen eingehend mit der Frage befaßt, ob sich unsere Vereinigung auch weiterhin und wenn ja, in welchem

Umfang an der Unterstützung des Waldemar-Petersen-Hauses im Kleinen Walsertal beteiligen sollte. Die Unterstützung der Stiftung Waldemar-Petersen-Haus hat insofern einen neuen Aspekt erhalten, als Herr Präsident Böhme dieses Haus im wesentlich größeren Umfange als bisher für Symposien der Hochschule benutzen will, so daß das Haus damit nicht mehr in erster Linie nur dem Skisport gewidmet ist, sondern Zielen, die im Bereich der Förderung von Forschung und Lehre, und damit im Aufgabenbereich unserer Vereinigung liegen. Die Waldemar-Petersen-Stiftung wurde bisher von einem Protektor, dem Kuratorium und dem Vorstand geleitet. Im Kuratorium war die Vereinigung durch ihren jeweiligen Vorsitzenden vertreten. Herr Dr. Troeger hat den Vorschlag gemacht, die Verfassung der Stiftung dahingehend zu ändern, daß anstelle der bisherigen Leitung ein neues Kuratorium und ein Geschäftsführer die Verantwortung für die Stiftung übernehmen sollen. Das neue Kuratorium soll aus dem Präsidenten der Hochschule, auf Vorschlag des Vorstandes unserer Vereinigung aus einem seiner Mitglieder und einem Professor der Hochschule, der dem Waldemar-Petersen-Haus besonders nahesteht, bestehen.

Unser Vorstand hat dem Vorschlag von Herrn Dr. Troeger zugestimmt. Es muß nunmehr die neue Verfassung der Stiftung, für die bereits ein Entwurf vorhanden ist, noch endgültig formuliert und verabschiedet werden. Um die Erhaltung und Ausgestaltung des Waldemar-Petersen-Hauses haben sich viele verdient gemacht, denen unser herzlichster Dank gebührt. Besonders nennen möchte ich hier den bisherigen Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Professor Dr. Frühauf, Herrn Minister Dr. Troeger, Herrn Dr. Hämmerling, Herrn Professor Strahinger und Herrn Dr. Zülch vom Hessischen Finanzministerium.

Meine Damen und Herren, unsere Vereinigung bezweckt laut Satzung die Förderung von Wissenschaft und Erziehung in Technik, Baukunst, Natur- und Wirtschaftswissenschaften, insbesondere an der Technischen Hochschule Darmstadt. Sie will in gegenseitiger Befruchtung von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Leben eine dauernde Gemeinschaft zwischen der Technischen Hochschule Darmstadt und den ihr nahestehenden Berufsständen bilden. Wenn wir dieses Ziel vergleichen mit der heutigen Situation, so müssen wir uns ehrlicherweise gestehen, daß unsere Vereinigung von diesem Ziel erheblich abgerückt ist. Die Entwicklung der Situation an allen deutschen Hochschulen, auch in Darmstadt, hat dazu geführt, daß sich die Vereinigung im wesentlichen darauf beschränkt, die Wissenschaft an der hiesigen Hochschule durch Zurverfügungstellung von Geräten und finanziellen Mitteln zu fördern. Wenn auch die Höhe der Geld- und Sachspenden bei der derzeitigen nicht sehr rosigen Wirtschaftslage im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren verringert worden ist, so können wir doch noch

recht stolz sein, wenn wir unsere Bemühungen mit denen der Förderungsvereinigung an anderen Universitäten vergleichen. Wir sollten uns aber dessen bewußt sein, daß trotzdem die heutige Situation unbefriedigend ist, äußerlich schon dadurch gekennzeichnet, daß wir auch in diesem Jahr wieder außerhalb der Hochschule unsere Mitgliederversammlung durchführen, um einen störungsfreien Verlauf zu erhoffen.

Unsere Vereinigung kann aber der Hochschule mehr bieten als nur materielle Unterstützung. Ihre Mitglieder sind in der Lage und bereit, dem Prozeß der immer weitergehenden Isolierung unserer Hochschulen entgegenzuwirken und sich der Hochschule als Gesprächspartner, als Vertreter der Öffentlichkeit, insbesondere aber als Vertreter der Industrie für Gespräche zur Verfügung zu stellen. Es ist erfreulich, daß auch die Leitung unserer Hochschule diesem Gedanken aufgeschlossen gegenübersteht, und daß zunächst einmal Gespräche zwischen Vertretern unserer Vereinigung und der Professorenschaft ins Auge gefaßt sind. Hoffentlich ist recht bald der Zeitpunkt gekommen, um auch wieder mit den Studenten ins Gespräch kommen zu können. Viele gegensätzliche Auffassungen entstehen ja oft einfach durch mangelnde gegenseitige Information. Auch mein Vortrag soll nachher dazu beitragen, diese Informationslücke zu schließen. Er kann aber naturgemäß nur ein kleiner Beitrag zu dem sein, was wir in den nächsten Jahren wieder an Kommunikationen weiter ausbauen sollten.

Meine Damen und Herren, das Gewicht unserer Vereinigung läßt sich nicht allein an den Spenden messen, die wir der Hochschule zur Verfügung stellen. Genauso wichtig ist ihre Mitgliederzahl, sowohl der Firmen wie auch der persönlichen Mitglieder. Ich darf an Sie alle den Appell richten, in Ihrem beruflichen und persönlichen Bekanntenkreis das Interesse für unsere Vereinigung zu wecken und neue Mitglieder zu werben.

Ich möchte aber meine einleitenden Worte nicht beenden, ohne den vielen, die sich im vergangenen Jahr für die Bestrebungen unserer Vereinigung eingesetzt haben, herzlich zu danken.

3. Erstattung der Jahresrechnung

Der vom Schatzmeister und Schriftführer der Vereinigung, Herrn Dr. Franz Wenzel, vorgetragene Kassenbericht über das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1971/72 hatte folgenden Wortlaut:

»Meine Damen und Herren!

Über das abgelaufene Geschäftsjahr ist mein Urteil etwa das gleiche wie das der Meteorologen über den abgelaufenen Sommer: im Durchschnitt zu kühl. Als Ihr

Schatzmeister kann ich es auch so ausdrücken: Eigentlich hätte ich gern mehr Geld in die Kasse bekommen, aber leider hat sich der seit Jahren erkennbare Trend fortgesetzt; die Einnahmen, insbesondere die freien und zweckgebundenen Spenden, liegen wesentlich unter den Beträgen, die wir in den vergangenen Jahren vereinnahmen konnten. Die Bewilligungs- und Ausgabenpolitik mußte daher dieser Tatsache Rechnung tragen, so daß ich Ihnen heute demnach eine ausgeglichene Einnahmen-Ausgaben-Rechnung vorlegen kann. Hierzu folgende Zahlen: Die Vereinigung hatte 327 TDM zu ihrer freien Verfügung, das sind 58 TDM weniger als im Vorjahr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus: Beiträgen von 102 TDM (109 TDM), freien Spenden von 112 TDM (170 TDM) und Vermögenserträgen von 113 TDM (106 TDM). Das verminderte Beitragsaufkommen geht mit einem weiteren Absinken der Mitgliederzahl einher. Die Summe der freien Spenden gibt Anlaß zur Besorgnis, da nach einer vorübergehenden Besserung im Geschäftsjahr 1970/71 das Niveau von 1969/70 noch unterschritten wurde.

An zweck- und empfängerbestimmten Spenden vereinnahmte die Vereinigung zu treuhänderischer Verwaltung und Weiterleitung 108 TDM, das ist erheblich weniger als im Vorjahr (161 TDM) und als im Vereinsjahr 1969/70 (210 TDM) oder im Vereinsjahr 1968/69 (254 TDM).

Die Vermögenserträge aus dem PUNGA-Nachlaß betragen in fast unveränderter Höhe 18 TDM. Hierzu kommen noch Sachspenden und Nachlässe in Höhe von 15 TDM, so daß die Einnahmenseite mit 468 TDM abschließt (607 TDM).

Diesen Einnahmen stehen Ausgaben von 453 TDM gegenüber. Sie ergeben sich aus folgenden Einzelbeträgen:

Aufgrund von Bewilligungen wurden 269 TDM ausgezahlt gegenüber einem Betrag von 211 TDM im Vorjahr. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß im Vorjahr ein Bewilligungsrest von 132 TDM hinterlassen wurde, während es in diesem Jahr nur 51 TDM sind. Aus den treuhänderisch verwalteten zweckgebundenen oder empfängerbestimmten Spenden wurden 146 TDM abgerufen (Vorjahr 223 TDM). Für Personal- und Sachkosten der Verwaltung sowie für Veranstaltungen waren 23 TDM erforderlich, etwa derselbe Betrag wie im Vorjahr.

Die Sachspenden betragen in diesem Jahr 15 TDM nach 44 TDM im Vorjahr. Läßt man Einnahmen und Ausgaben, die mit dem Kauf und Verkauf von Wertpapieren sowie mit der Gewährung und Rückzahlung von Darlehen im Zusammenhang stehen, unberücksichtigt, so hat die Vereinigung im abgelaufenen Jahr 15 TDM mehr eingenommen als sie ausgegeben hat.

Die Vermögensrechnung der Vereinigung stellt sich folgendermaßen dar:

Das Bruttovermögen der Vereinigung hat sich in diesem Geschäftsjahr leicht erhöht, und zwar von 1,980 Mill. DM auf 2,003 Mill. DM. Das entspricht einer Vermögenszunahme von 23 TDM.

In dem Bruttovermögen von 2,003 Mill. DM sind die treuhänderisch zu verwaltenden Mittel der empfängerbestimmten Guthaben von 547 TDM sowie der PUNGA-Nachlaß von 338 TDM enthalten.

Das Nettovermögen der Vereinigung, d. h. also die Mittel, über die wir frei verfügen können, beträgt 1,051 Mill. DM.

Der in das zur Zeit laufende Vereinsjahr übernommene Bewilligungsrest beträgt dieses Jahr 51 TDM.

Der Ihnen vorgetragene Jahresabschluß wurde von der Revisionsabteilung der Brown, Boveri & Cie AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen.

Meine Empfehlung für das jetzt laufende Vereinsjahr richtet sich wiederum darauf, das Bemühen um eine ausgeglichene Haushaltssituation fortzusetzen und unsere Spender zu bitten, auch in Zukunft die Ziele unserer Vereinigung durch großzügige Spenden — es dürfen auch großzügigere Spenden sein — zu unterstützen. Erlauben Sie mir an diesem Punkt noch eine Anmerkung für Hochschulangehörige, und zwar möchte ich eine besondere Gruppe der Hochschule ansprechen. Man soll doch nicht jede unpassende Gelegenheit dazu benutzen, spendenwilligen Personen auf die Nase zu schlagen. Wir möchten gern helfen, aber mir wird die Arbeit als Schatzmeister durch diese Dinge sehr erschwert.

Am Schluß meines Berichtes möchte ich Frau Best, die Anfang April dieses Jahres in den Ruhestand trat, für die langjährige Mitarbeit sehr herzlich danken — sie war immerhin 18 Jahre für die Vereinigung tätig — und ihr für die Zukunft alles Gute wünschen. Besonders herzlich danke ich ferner Frau Schöber und unserem Geschäftsführer, Herrn Dr. von Werder, für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Dies ist der Jahresbericht; wenn Sie hierzu Fragen haben, will ich sie gern beantworten. Offenbar ist dies nicht der Fall. Lassen sie mich im Anschluß etwas aus dem zur Zeit laufenden Geschäftsjahr berichten und ein paar Anmerkungen zu dem machen, was bei der letzten Vorstandssitzung bewilligt worden ist. Eine vorsichtige Hochrechnung der Einnahmen, die wir im laufenden Geschäftsjahr erhoffen, hat einen Betrag von 200 TDM ergeben, über den wir verfügen können.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Präsidenten der Hochschule wurde eine Ankündigung der bevorstehenden Ausschüttung an die einzelnen Professoren herausgegeben. Wir haben daraufhin 113 Anträge erhalten, zu deren Erfüllung 428 TDM erforderlich gewesen wären. Auch diesmal ist, ich sage das gern, die Bewilligungsaktion unter Mithilfe des Herrn Präsidenten und seines Stellvertreters erfolgt. Ich glaube, das ist wichtig und soll hier einmal in aller Offenheit gesagt werden: Über die Mittel, die wir von Privatpersonen und von der Industrie bekommen, wird in einer Form verfügt, die absolut transparent ist. Wir haben nichts zu verbergen, wir wollen und werden nirgendwo Einfluß nehmen und sind deshalb sehr froh, wenn gerade der Herr Präsident und sein Stellvertreter bei diesen Bewilligungsaktionen mitwirken können. Von den Anträgen konnten 39 voll bewilligt werden, 21 sind zum Teil bewilligt worden und 3 Anträge werden, wie ich hoffe, durch Spenden erledigt werden können, so daß Vorstand und Vorstandsrat insgesamt über einen Betrag von gut 200 TDM verfügt haben. Vielleicht darf ich noch ein paar Worte zu den Gesichtspunkten sagen, die bei den Bewilligungen eine Rolle spielen. Wir versuchen dort, wo wir in Verbindung mit unserer Satzung die Möglichkeit sehen, sinnvoll zu helfen, wo der Weg über die Bürokratie entweder zu schwierig, zu lang oder überhaupt nicht gangbar ist. Deshalb ist es auch zur Zeit unsere Politik, keine sehr großen Projekte zu unterstützen. Dazu sind unsere Mittel zu bescheiden. Wir glauben, daß die weit gestreute Unterstützung an vielen Stellen vielleicht der effektivere Weg ist, um zu helfen.«

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen von Herrn Dr. Wenzel dankte der Vorsitzende dem Schatzmeister für seinen Bericht und seine mühe- und verantwortungsvolle Arbeit während des ganzen Jahres.

4. Bericht der Rechnungsprüfer

Abstimmung über den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes

Herr Bankdirektor Joachim Schwarzkopf verlas den Bericht der Rechnungsprüfer, er lautet:

»Wir, die Unterzeichner Joachim Schwarzkopf und Tassilo Deike, haben gemäß dem uns auf der letzten Hauptversammlung der Vereinigung erteilten Auftrag die Jahresrechnung der Vereinigung für das Geschäftsjahr 1971/72 auf Grund der vorhandenen Rechnungsunterlagen geprüft.

Grundlage bildeten der Abschlußbericht der Revisionsabteilung der Firma Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim, zum Abschluß des Geschäftsjahres am 31. März 1972 sowie die von der Vereinigung erstellten Abrechnungen für das Vereinsjahr vom 1. 4. 1971 bis 31. 3. 1972. Im Hinblick auf die Nachprüfung der formellen

Buchführung durch die Revisionsabteilung der Firma Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim, konnte sich die Prüfung auf die ordnungsgemäße Bewilligung der Mittel durch den Vorstand, den Vorstandsrat bzw. die Mitgliederversammlung und deren Verausgabung durch die Lehrstühle und Institute beschränken. Die Prüfung erfolgte stichprobenweise, wobei auch die entsprechenden Belege eingesehen wurden. Beanstandungen ergaben sich nicht.

Darüber hinaus haben wir die Geschäftsgebarung der Vereinigung einer kritischen Würdigung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit, unterzogen und entsprechende Hinweise an den Schatzmeister gegeben. Beanstandungen ergaben sich auch hier keine.

Dem Schatzmeister, Herrn Dr. Franz Wenzel, und dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Fritz von Werder, sowie den Damen Best und Schober dürfen wir im Namen des Vereins für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit danken.

Nachdem aus der Versammlung Wortmeldungen zu dem Bericht der Rechnungsprüfer nicht erfolgten, stellte Herr Schwarzkopf den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes, der unter Stimmenthaltung der Betroffenen einstimmig angenommen wurde. Im Namen des Vorstandes dankte Herr Dr. Toeller den Rechnungsprüfern für ihre Mühewaltung und den Mitarbeitern der Geschäftsstelle für ihre Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Dann bat er Herrn Professor Böhme, zum nächsten Punkt der Tagesordnung das Wort zu nehmen.

5. Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule

Hochverehrte Herren Senatoren, meine Damen und Herren!

Auch dieser Bericht des Präsidenten beginnt mit einem Dank. Er gilt der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt, die in diesem Jahr wiederum mit ihren Spenden dort Hilfe gegeben hat, wo es am dringendsten gewesen ist. Sie haben zum Beispiel die Ergänzung von Buchbeständen ermöglicht und durch Spitzenfinanzierungen dazu beigetragen, unmittelbare Engpässe, die oft auch durch bürokratische Schwierigkeiten verursacht wurden, zu überwinden. Sie haben es jungen Wissenschaftlern ermöglicht, Reisen zu unternehmen, die von der öffentlichen Hand nicht unterstützt werden konnten, und Ihre Mittel sind, so glaube ich, gerade in der Zeit einer außerordentlich starken Verknappung der öffentlichen Haushalte sehr segensreich gewesen.

Diesem Dank möchte ich meinen persönlichen Dank folgen lassen für das Vertrauen, das ich von Ihnen erhalten habe, und ich möchte daran die Versicherung

anschließen, daß ich diesen Weg des gegenseitigen Vertrauens weitergehen möchte. Ich denke etwa daran, wie die Probleme des Waldemar-Petersen-Hauses gelöst werden konnten. Auch hier war, so glaube ich, das gegenseitige Vertrauen die Basis, auf der wir uns verständigen konnten.

Nun zu meinem Bericht. Vor Jahresfrist hatte ich zum erstenmal Gelegenheit, bei der Jahrestagung der Vereinigung von Freunden der TH Darmstadt zu berichten. Ich habe damals, nach halbjähriger Amtszeit, die Entwicklung unserer Hochschule tastend, eher vorsichtig und zurückhaltend beurteilt, da noch nicht hinreichend Erfahrungen bei der Arbeit mit dem neuen Gesetz, mit den neuen Gremien und der neuorganisierten Verwaltung gesammelt werden konnten. Heute kann ich sagen, daß sich die damals ausgesprochenen Hoffnungen und Erwartungen erfüllt haben. Die Hochschulpolitik an der THD war und sollte gekennzeichnet sein von einer behutsamen Pragmatik, gestützt auf das gegenseitige und — wie ich betonen möchte — auch persönliche Vertrauen zwischen Vizepräsident und Präsident, aufbauend auf der konstruktiven Mitarbeit der Ausschüsse, der Professoren, der Assistenten und der Studenten, die sich der Mühe der Tagesarbeit mit unterzogen haben. Diese Hochschulpolitik hat Erfolge gezeitigt, soweit es — diese Einschränkung muß gemacht werden, da der Präsident nur auf dieser Ebene urteilen kann — die Arbeit der zentralen Gremien betrifft. Allerdings möchte ich aber doch sagen, daß wir auch auf der unteren Ebene, also der Fachbereichsebene, beginnen eine effizientere Verwaltungsorganisation mit aufzubauen.

Die Gespräche sind eingeleitet und eine grundsätzliche Übereinstimmung über den weiteren Weg zeichnet sich in allen Gruppierungen ab. Auch ergibt sich eine erneute Bestätigung der allgemeinen Hochschulpolitik unserer Universität, nämlich jene, auch von außen her erkennbare rationale Planung, die die Technische Hochschule Darmstadt kennzeichnet.

Unsere Handlungsweisen sollen geleitet sein von pragmatischer Vernunft; unser Bemühen ist es und bleibt es, soweit es im Rahmen einer Hochschule liegen kann, die Aufmerksamkeit wieder auf jene Probleme zu lenken, die die Hauptaufgabe einer Universität nach wie vor umschreiben, nämlich: die wissenschaftlich fundierte, mit der Praxis verbundene, in der Forschung kritisch geprüfte qualifizierte Ausbildung von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Sozialwissenschaftlern und Lehrern.

Die Lösung dieser Aufgabe ist nicht leicht gewesen, vorher nicht, und sie ist jetzt nicht leichter geworden. Der finanzielle und bildungspolitische Rahmen ist nicht günstig für die Erfüllung unseres Auftrages innerhalb unserer Gesellschaft.

Lassen Sie mich in fünf Punkten den Weg der Hochschule im letzten Jahr darstellen:

1. Die Studentenentwicklung und die Funktion der studentischen Organe innerhalb der Hochschule
2. Die Probleme der sozialen Aufgaben und die Stellung der Hochschule hierzu, auch im Verhältnis zur Stadt
3. Die Probleme der Forschungsentwicklung
4. Die Fragen der Studienreform
5. Die innere Organisation unserer Hochschule, der Finanzhaushalt, der Personalhaushalt.

Zu 1. An der THD waren im Jahre 1971 7655 Studenten eingeschrieben, davon mehr als 50% Ingenieurwissenschaftler. Gleichzeitig war die studentische Entwicklung gekennzeichnet durch ein starkes Anwachsen der nichttechnischen Disziplinen. Die Lehrerausbildung und die naturwissenschaftliche Ausbildung haben im Verhältnis zur ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung überproportional zugenommen. Dieser Trend hat sich zum Wintersemester 1972/73 nicht erkennbar abgeschwächt. Wir mußten deswegen auf dem Gebiet der Gewerbelehrausbildung eine Aufnahmebegrenzung akzeptieren; die Fächer Biologie und Chemie unterlagen dem Numerus clausus. Ein kräftiges Anwachsen der ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen ist bislang in Darmstadt immer nur in Anmeldungen signalisiert worden; das Studium aufgenommen haben von diesen Angemeldeten nur ein Bruchteil. Trotzdem hat für dieses Wintersemester zum erstenmal auch der technische Bereich Zuwachsraten zu verzeichnen.

Zum Wintersemester 1972/73 haben sich 1886 Studienanfänger an der THD angemeldet, davon 335 Bauingenieure, 354 Elektrotechniker und 242 Maschinenbauer. Wir haben auch 98 Wirtschaftsingenieure neu immatrikuliert, für die Berufsschullehrerausbildung konnten wir 117 Bewerber annehmen, für die Gymnasiallehrerlaufbahn haben sich 194 Studienanfänger entschieden. Bei den Studierenden ist ein vermehrtes Streben nach der Sicherheit des öffentlichen Dienstes als Trend erkennbar. Zwar scheint der Andrang zum Lehrerberuf durch Prognosen über ein in einigen Jahren zu erwartendes Lehrerüberangebot nachzulassen, doch streben viele Studierende nunmehr die Sicherheit in technischen Berufen des öffentlichen Dienstes an. Damit hängt die bei den Studenten selbst erkennbare Einstellung gegenüber ihrem Studium und ihrer Arbeit zusammen. Von außen sicher nicht so deutlich sichtbar, haben doch die Merkmale Sicherheit, Strebsamkeit und auch Arbeitsintensität wieder außerordentlich stark zugenommen, und aus verschiedenen Gesprächen mit Kollegen entnehme ich, daß bei den Studenten fast schon wieder zu wenig kritische Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten

vorhanden ist. Die Folge ist, daß die große Masse unserer Studierenden, obwohl ihnen das Angebot der Beteiligung in den Gremien offensteht, nur geringes Interesse zeigt und wir eine schwindende Mitwirkung in den Zentralorganen registrieren, soweit sie von der organisierten Studentenschaft getragen ist.

Verschiedenen Gesprächen habe ich entnommen, daß Informationslücken darüber bestehen, wie eine Hochschule heute organisiert ist. Deshalb muß hier einmal deutlich gemacht werden, daß zwar einerseits die Gruppe der Studierenden voll in die Hochschule und ihre Organisationsstruktur integriert ist und dort Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht hat, daß aber andererseits die studentische Selbstverwaltung eigene Organe hat, die sich unabhängig von der Hochschule konstituieren, ein Studentenparlament, das von der Studentenschaft selbst gewählt wird, und einen Allgemeinen Studentenausschuß, der diesem von den Studenten gewählten Parlament und nicht den zentralen Gremien der Hochschule oder gar dem Präsidenten gegenüber verantwortlich ist.

Aus dieser selbstgeschaffenen Verantwortung innerhalb der studentischen politischen Meinungsbildung ergeben sich Probleme, die über die Selbstverwaltungsorganisation der THD nicht gelöst werden können. Nur im persönlichen Gespräch, das natürlich nicht unschwierig werden kann, können Probleme gelöst werden, sofern Voraussetzungen von der ideologisch-kritischen Basis her wechselseitig als akzeptierbar erscheinen. Auch in den Fachbereichen und Gremien ist studentische Mitwirkung vom AStA beeinflussbar, zentral steuerbar. So verwischen sich also nach außen hin die Verantwortungen einerseits der Selbstverwaltung der Hochschule, andererseits des AStA und des Studentenparlaments.

Wir haben nun aber auch in den letzten zwölf Monaten erfahren können, daß dort, wo studentische Gruppierungen im Interesse der Sache zur Mitarbeit bereit sind, konstruktive Arbeit möglich wird — zum Beispiel in unseren zentralen Ausschüssen für Haushaltsfragen und Hochschulentwicklungsplan oder für Lehr- und Studienangelegenheiten. Ich glaube, es war notwendig, einmal zu verdeutlichen, wo der Gesetzgeber unseren Studierenden die eigene Verantwortung gibt, und wo die Hochschule Verantwortung mittragen kann.

Ähnliches gilt auch für die sozialen Belange der Studenten. So hat etwa der Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt es sich trotz mehrfacher Bitten nicht nehmen lassen, immer den Präsidenten als Adressaten zu benennen, wenn es um die Lösung sozialer Fragen im studentischen Bereich ging.

Von der Sache her hat er natürlich recht; aber das Gesetz erteilt das Mandat zur Lösung sozialer Probleme der Studierenden nicht der Hochschule, sondern dem Studentenwerk. Das Studentenwerk aber hat einen eigenen Vorstand, dessen

Handlungsweise in gewissen Fragen durch ein studentisches Veto bestimmt werden kann. Zudem ist er in Fragen des laufenden Geschäfts selbst verantwortlich, und der Präsident hat nur die Funktion des Vorsitzenden eines Beirats, der an der THD nicht existiert. Nehmen wir ein Beispiel, das Karlshof-Projekt: Oberbürgermeister und Präsident haben sich dafür eingesetzt, in möglichst rascher und möglichst unbürokratischer Weise eine Lösung herbeizuführen. Das Studentenwerk wollte eine ganz bestimmte Lösung und setzte sie auch durch. Dabei aber stellte sich heraus, daß auch jetzt nach dem letzten Bericht das Karlshof-Projekt noch immer in der Schwebe ist. Es ist auch hier festzustellen, daß die Möglichkeiten der Hochschule, für die sozialen Belange der Studenten einzutreten, begrenzt sind. Ich persönlich bemühe mich aus diesem Grund, auch gestützt von einem Beschluß unseres zentralen Ausschusses für Haushaltsfragen, eine Reform der derzeitigen Organisation der Studentenwerke insoweit zu erlangen, daß der Wirtschaftsplan und die Bestellung des Geschäftsführers eingebunden wird in die Meinungsbildung unserer Hochschule. Das heißt: daß der Ausschuß für Haushaltsfragen bestimmt, an welchem Punkt und in welcher Weise die sozialen Belange der Studenten berücksichtigt werden können.

Der außerordentlich schmale, teilweise überhaupt nicht vorhandene Handlungsspielraum der Hochschule, wie er sich bei den Belangen der Studierenden und ihren sozialen Problemen erweist, trifft auf den dritten Punkt meines Berichts, die Forschungspolitik, eigentlich nicht zu. Aber die objektiv gesetzten Bedingungen begrenzen auch hier wieder die Möglichkeiten, die die Hochschule hat.

Einmal nämlich ist erkennbar, daß Forschung und Forschungspolitik in der derzeitigen bildungspolitischen Konzeption nicht berücksichtigt werden. Die öffentlichen Haushalte und die Pläne zur Hochschulentwicklung werden einzig und allein von der Lehre her geprägt.

Zweitens: Öffentliche Drittmittel, also Mittel von außen, die über öffentliche Stellen zusätzlich verteilt werden, fließen spärlicher und sind angesichts rückläufiger Zuwachszahlen auch immer härteren und kritischeren Prüfungen ausgesetzt. Und schließlich ist die Zurückhaltung der privaten Seite — um auch die dritte Gruppe der Forschungsförderer unserer Hochschule anzusprechen — deutlich spürbar. Ein Mitglied unseres Ausschusses für Organisationsfragen hat es ausgesprochen: 1972 war das schwierigste Jahr für unsere Hochschule, die Investitionen, der Einsatz von Fremdmitteln stagnieren, während wir eine 20%ige bzw. 30%ige Kürzung unseres Haushalts haben. Setzen wir die für Lehre und Forschung je Student zur Verfügung stehenden Sachmittel für 1970 gleich 100 Punkte, so erreichen wir im Jahr 1973 noch 61,1 Punkte (das heißt je Student fast 40% weniger gegenüber 1970) und für 1974 werden wir, sofern keine grundsätzliche Verände-

rung eintritt, nur noch 54 Punkte erreichen. Sie sehen also: die Kürzung der Sachmittel, die Einschränkung der Rücklagen läßt uns keine Chance, überhaupt eine Forschungspolitik zu betreiben. Deshalb genügt es nicht, nur von Zuwachszahlen im Personalbereich zu sprechen, sondern vor allem muß eine Verbesserung der Infrastruktur gefordert werden.

Die Hochschule hat nun versucht, sich selbst zu helfen. Wir bemühen uns etwa, durch Mehrfacheinsatz von Geräten, der durch gegenseitige Information über Projekte ermöglicht wird, eine Effizienzsteigerung zu erreichen. Im vergangenen Jahr haben wir an der Hochschule ein Zentrum für Umwelttechnik und Umweltplanung gegründet; wir haben einen Sonderforschungsbereich über Emissionswesen einrichten bzw. befürworten können, und wir sind dabei, eine Personaldatei, eine Gerätedatei und eine Raumdatei zu entwickeln, die uns als Grundlagen für einen mittelfristigen Forschungsentwicklungsplan dienen sollen. Aber — und dieses Aber muß betont werden — diese Selbsthilfe, mit der wir versuchen, die allergrößten Härten zu mildern, wird natürlich vergebens sein, wenn die Rahmenbedingungen, die uns von außen gesetzt werden, sich nicht ändern. Den Auftrag, den wir uns selbst geben müssen und geben wollen, können wir unter den jetzigen Auspizien nicht erfüllen.

Um dieses Problem noch etwas deutlicher zu machen, möchte ich nun viertens auf eine der zentralen Aufgaben kommen, die unserer Hochschule gestellt sind: die Aufgabe der Studienreform. Die finanzielle Problematik und die bildungspolitische Problematik, der Forschung nicht die erste Priorität zuzuweisen, wird nämlich noch dadurch gesteigert, daß wir uns einem immer neue Bildungspläne produzierenden Utopismus und Idealismus gegenübersehen, der manchmal den Wunsch aufkommen läßt, einen gewissen Produktionskredit an Geist in dieser Bildungsplanung aufgehen zu sehen. Die mit Emsigkeit betriebenen bildungstheoretischen Entwicklungen sind für die Technische Hochschule Darmstadt nicht unmittelbar anwendbar, denn es fehlen ihnen drei wesentliche Faktoren:

1. fehlt diesen Projekten mindestens der Praxisbezug.
2. fehlen ihnen die Praxiskontrollen und
3. fehlen ihnen die Alternativen, die die theoretische Fundierung in eine praxisbezogene Ausbildung einbinden.

Gehen wir aber andererseits nur vom Berufsfeld aus, dann haben wir keinerlei empirisch gesicherte Voraussetzungen, das heißt, die Theorie bestätigt sich selbst und schafft neue Theoretiker. Mögliche Lösungen, die sich jetzt erkennen lassen, laufen auf Gruppenstudium und Projektstudium hinaus, das auch an unserer Hochschule auf breiter Basis vorhandene Engagement, etwas zu tun, mündet in Resignation, die sich bei einzelnen verzweifelten und verunsicherten Studenten in

Leistungsverweigerung ausdrückt. Das sind Probleme, die gerade von einer Technischen Hochschule angesprochen und deutlich gemacht werden müssen.

Wir haben keine empirisch abgesicherten Daten und werden doch aufgefordert, immer neue Pläne zu entwickeln, die sicher als notwendig anzuerkennen sind, zu denen uns aber die finanziellen und praktischen Voraussetzungen fehlen. Wir bemühen uns zum Beispiel, ein didaktisches Zentrum mit Schwerpunkt auf den ingenieurwissenschaftlichen Fächern zu errichten, aber die Anmeldung von Planstellen und Sachmitteln, überhaupt die Anmeldung von irgendwelchen Stellen dieser Hochschule ist mit einer Zuwachsrate von Null beschieden worden, und die Sachmittelzuwachsrate bleibt so, wie sie ist, das heißt, in Wirklichkeit geht sie noch einmal um 22 Punkte zurück. Trotz dieser Situation, trotz aller Bitterkeit, die daraus erwächst, wird es nicht möglich sein, die Hochschule dazu zu provozieren, den Kampf an der Front der Studienreform verloren zu geben. Wir sind dabei, vor allem mit Hilfe der beiden neuen Kategorien der Hochschullehrer, der Professoren und Dozenten unsere eigenen Energien zu sammeln und mit unserer Arbeit Grundlagen zu schaffen, die sich von anderen Hochschulen abheben werden.

Ich komme nun zum fünften Punkt, der schon mehrfach angesprochenen Finanzsituation. Hier nur einige Tatsachen: Die Haushaltsentwicklung im letzten Jahr war gekennzeichnet durch einen geringen Zuwachs, über den ich das letzte Mal berichtet habe. Ich habe damals gesagt, daß von 680 angemeldeten Stellen der Hochschule 240 zugeschrieben worden sind. Diese Stellen haben wir so eingesetzt, daß wir wenigstens die härtesten Engpässe durch Notmaßnahmen abdecken konnten. Die Sachmittel, festgeschrieben auf dem Stand von 1970, wurden mit einer bis heute nicht aufgehobenen 20- bzw. 30%igen Sperre belegt, die zwar aus der Sicht des Finanzministers verständlich ist, für uns aber bedeutet, daß wir zu Beginn des Wintersemesters noch nicht wissen, ob wir tatsächlich die nötigen Voraussetzungen für die Lehrmittel bereitstellen können. Die Haushaltsanmeldung für den jetzigen Haushalt ist in offener, kritischer Diskussion im Haushaltsausschuß festgelegt worden. Die Hochschule hat aus 1300 Anforderungen 249½ Stellen begründet weitergegeben, die sich nur auf die Abdeckung unserer Lehraufgaben beschränkten, und dem Kultusminister gegenüber ist sehr deutlich gesagt worden, daß Streichungen bzw. Nichtbewilligungen direkt in die Lehrverpflichtung der Hochschule zurückfallen werden; denn die auf dem Papier des Kultusministers errechnete Zuwachsrate an Lehrkapazität durch die Personalstrukturüberleitung verminderte allenfalls das vorhandene Lehrdefizit, das durch den Zugang von 2000 Studenten allerdings wieder größer wird, und Sachmittel stehen für den Zuwachs an Studenten ohnehin nicht zur Verfügung.

Im Investitionshaushalt wurden wir mit einem Baustopp für Neubauten belegt. Wir kommen uns vor wie ein Auto, das mit 70 km/h ganz gut über die Landstraße dahintuckert, und plötzlich ist der Motor gestohlen. Wir laufen aus. Eine Fortschreibung unserer Planungen ist nicht möglich; eine Kostenreduktion unmöglich, die Inaugurationskosten werden die Mahnungen auffressen. Neuinvestitionen werden auf einer anderen Ebene ansetzen müssen. Unter diesen Umständen mußte versucht werden, wenigstens die laufenden Ausbauplanungen zu Ende zu bringen. Dies ist mit viel Mühe gelungen. Es ist im letzten Jahr lang Versäumtes nachgeholt worden. Die Biologiegebäude sind — bis auf einen Rest — fertiggestellt, die Mathematik hat neue Gebäude bezogen, der Maschinenbau konnte wenigstens die Verwaltungsgebäude beziehen, die Frage der Chemieschule, die die Öffentlichkeit bewegt hat, ist geregelt worden; unsere chemischen Fachbereiche werden unterkommen. Es ist auch gelungen, nun endlich nach vielen Jahren des Provisoriums die Chemie wieder so auszubauen, daß diese Fachgebiete, wie mir auch die Fachbereiche bestätigt haben, in Darmstadt in ihrer organisatorischen Ausstattung nun an erster Stelle in Hessen stehen.

Das ist erfreulich. Doch die bauliche Infrastruktur unserer Hochschule fehlt. Wir können kein Kraftwerk bauen, wir können keine Mensa bauen — Dinge, die dringend notwendig wären. Durch den Stopp der Neubautätigkeit ist die kontinuierliche und durch die Tradition begründete qualifizierte Planung dieser Hochschule gefährdet.

Zur Lage im Personalhaushalt: Wir haben in der letzten Woche 286 neue Dozenten ernannt, wir haben gestern abend 45 Professoren ernannt. Damit hat die Hochschule nach der Umwandlung der Personalstruktur jetzt 314 Professoren und über 307 Dozenten, wobei ein großer Teil nicht übergeleiteten Lehr- und Dienstpersonals ebenfalls an der Hochschule verblieben ist. Diese Hochschullehrer, die bisher wissenschaftliche Räte und wissenschaftliche Assistenten gewesen sind, haben nun eigenverantwortlich Lehre und Forschung zu betreiben. Sie selbst erhalten dafür keine einzige Mark mehr; dafür fehlt nun jeder Unterbau vom Techniker bis zur Sekretärin, um die Qualifikation, die diesen Herren zugesprochen wurde, tatsächlich abrufen zu können. Welcher »Dschungelkrieg«, welche »Grabenkämpfe« um Einfluß und finanzielle Ausstattung angesichts der Festschreibung der Sachmittel und anderer Ausgaben an dieser Hochschule eingesetzt werden, wenn wir beginnen wollen, Fragen von Grund- und Mindestausstattung der Hochschullehrer zu regeln, können Sie erahnen. Es wird wohl darauf ankommen, daß die Persönlichkeit, durch die sich, schon von der Tradition her mitgeprägt, ein Hochschullehrer auszeichnen sollte, allzuharte Gegensätze mildern hilft. Ingenieurwissenschaftler und Naturwissenschaftler haben im Team gearbeitet, doch wenn

das Tischtuch einfach zu kurz wird, dann nützt aller Teamgeist nichts. Die Folge wird möglicherweise sein, daß die Forschung — eventuell auch noch vom Staat in dieser Tendenz unterstützt — von den Hochschulen abwandert.

Und noch ein Faktum von deprimierender Bedeutung: die Wirtschaftskosten sind durch die neu übernommenen Flächen — es sind 9800 qm (1972 = 17 200 qm) — selbstverständlich gestiegen. Trotzdem haben wir nicht einen einzigen technischen Hausmeister mehr, keinen einzigen Sicherheitsbeamten mehr, keine einzige Putzfrau mehr und keine Mark mehr für Öl, Strom und andere einklagbare Ausgaben. Es ist also durchaus möglich, daß im Laufe dieses Winters, gibt es nicht eine Erhöhung oder ist der Winter nicht sehr mild, die Technische Hochschule Darmstadt die Heizung, das Licht abstellen muß. Angesichts dieser Situation glaube ich nicht, daß diese Hochschule allzuviel Energien in eine Expansion in ihrem Stadtareal investieren kann. Sie wird sich dort zu konzentrieren haben, wo sie einfachere Möglichkeiten der Expansion hat: auf der Lichtwiese bzw. Nachtweide (der Name ist wohl jetzt angemessener). In der Innenstadt wird sich die THD dort zu konzentrieren haben, wo eine Verbindung mit der Stadt möglich ist: in den Buchwissenschaften. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Hochschule dabei in der Lage ist, einen Teil dieser Stadt darzustellen, der sie mitprägt. Ich habe mich bemüht, trotz aller Interessengegensätze, deutlich zu machen, daß die Technische Hochschule Darmstadt auch heute bereit ist, ebenso wie das Polytechnikum die Entwicklung des Großherzogtums Hessen-Darmstadt beeinflußt hat, ihren Teil für die Regionalentwicklung Südhessens mitzutragen.

Darf ich zusammenfassen: Ich beurteile die Offenheit, das Engagement und das entstandene Vertrauen innerhalb der verschiedenen Gruppierungen unserer Hochschule positiv. Das soll kein Optimismus sein; die Probleme sind noch keineswegs gemeistert, und die eigentlich kritischen Auseinandersetzungen, die anstehen, werden durch Organisationstechniken oder Gesetz nicht zu meistern sein. Negativ ausfallen muß das Urteil über unsere Entwicklung, wenn man berücksichtigt, daß sich die Schere zwischen dem Anspruch, den wir uns selbst stellen wollen, und dem Auftrag, den man uns zuschreibt, immer weiter öffnet. Zwischen der Qualität unserer Berufsabsichten und der Realisierung unserer Berufungsmöglichkeiten wird dies ebenso erkennbar wie zwischen den Gehältern, die in der Industrie bezahlt werden, und dem, was eine Hochschule bieten kann. Ein Professor, der heute an eine Hochschule kommt, ist, wenn man die Theorie des Gesetzes realisiert, Gleicher unter Gleichen oder ebenso »arm« wie der andere auch. Trotz dieser, wie ich meine, notwendigen, nicht pessimistischen, aber bewußt sehr offenen Einschätzung unserer Entwicklung glaube ich, daß diese Hochschule ihren eigenen, vor einem Jahr bereits aufgezeigten Weg gehen wird: den Weg zwischen einer wohlverstandenen Reform und einer kritisch bewahrten Tradition.

Damit habe ich versucht, in kurzen Strichen das aufzuzeigen, was uns an Problemen vorliegt und was wir gelöst haben. Wir konnten den Ausbau wenigstens soweit vorantreiben, daß die dringendsten Fragen gelöst erscheinen. Ich habe deutlich gemacht, daß die bildungspolitische Konzeption 1972 ihren Preis forderte, und ich habe in aller Klarheit meine kritischen Vorbehalte gegenüber jenen Meinungen ausgesprochen, die da glauben, mit immer neuen Modellversuchen würden wir das alte Problem der Universität und ihrer Gesellschaft lösen können. Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende dankte dem Präsidenten für den sehr eindrucksvollen, nüchternen Bericht, der leider nur wenige positive und viele negative Aspekte enthalten habe, und bat wegen der fortgeschrittenen Zeit die Diskussion, die auch bei dem geselligen Beisammensein fortgesetzt werden könne, jetzt nicht zu sehr auszudehnen. Diskussionsfragen betrafen den Gesamthaushalt der Technischen Hochschule, der vom Präsidenten mit 86,4 Millionen DM beziffert wurde, und den numerus clausus. Hierzu erwähnte der Präsident die noch wenig bekannte Regelung, daß der Landeshochschulverband, dem nicht nur die Universitäten und die Technische Hochschule, sondern auch alle Fachhochschulen und Musikhochschulen mit ihren Dozenten und Studenten angehören, den numerus clausus für Hessen festsetzt. Nach nochmaligem Dank an den Präsidenten und die Diskussionsredner bat der Vorsitzende Herrn Oberbürgermeister Sabais zum nächsten Punkt der Tagesordnung einige Worte zu sprechen.

6. Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt

Herr Vorsitzender, Herr Ehrenpräsident, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann mir nach allem vorstellen, daß ein Schlag- und Stichwort wie Demokratisierung der Hochschule bei Ihnen nicht sofortigen spontanen Jubel auslösen wird, und trotzdem scheint mir, haben Sie einen gewichtigen Beschluß vorhin gefaßt zur Demokratisierung der Hochschule, wie ich es verstanden habe, als sie im Fachbereich 9 Herrn Professor Schulz einen Fraktionssammler bewilligten. Ich weiß nicht wie der arbeitet, ob hydraulisch, durch Druck oder elektrisch, indem er Schläge austeilt. Wie das auch immer funktioniert, ein Oberbürgermeister würde ein solches Gerät auch dringend nötig haben. Ich brauche auch einen Fraktionssammler.

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich im Namen der Stadt Darmstadt. Wer der Freund der Technischen Hochschule ist, ist auch unser Freund. Wir selber sind der Hochschule in kritischer Liebe verbunden; wir meinen nachdrück-

liche Liebe. Liebe, die nicht blind ist, wie das Volkssprichwort es weiter ausmalt, bewahrt den Geliebten und die Geliebten gelegentlich vor Torheiten, wenn auch meine Polizeibeamten selbstverständlich nicht dazu da sind, soziale Probleme der Studentenschaft zu lösen. Dies habe ich bei einem gewissen Anlaß zum Ausdruck gebracht und hinzugefügt, daß die Stadt in baurechtlichen Verfahren keine Genehmigung zum weiteren Ausbau der Hochschule erteilen will, wenn nicht weitere Studentenwohnungen gebaut werden. Das nenne ich kritische Liebe. Der Präsident hat freundlicherweise über unsere Bemühungen berichtet, wie werden sie weiter-treiben, wir werden zäh bleiben, Herr Präsident, und ich kann zu meiner Genug-tuung hinzufügen, auch da, wo es gewisse Interessenkollisionen zwischen uns gegeben hat, das ist naturgemäß, hat es beim Zusammenstoß immer einen guten Klang gegeben; ich kann sagen, auch in diesen Angelegenheiten haben wir mit Sympathie zusammengearbeitet, das möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, und der Hochschule auch weiterhin zusichern.

Sie können bei den Problemen, die Sie bewegen, heute Abend ins Theater gehen, ein Stück ansehen, das »Büchners Tod« heißt. Dort hat ein Autor, der der jungen Linken angehört hat, und zwar in sehr engagierter Weise, festgestellt, daß die Forschung, die zur Auffindung des künstlichen Düngers durch Justus Liebig ge-führt hat, weit wichtiger gewesen sei als die Produktion von Pamphleten zur gleichen Zeit. Meine Damen und Herren, Sie und ich, wir haben das vielleicht schon früher gewußt, aber ich konstatiere dies als ein hoffnungsreiches Indiz für gewisse Wandlungen, von denen auch der Präsident vorhin gesprochen hat. Nun meine Damen und Herren, Sie werden vielleicht auch auf dem Vorplatz vom Theater einige Skulpturen sehen, es ist eine Ausstellung von Pomodoro hier. Wenn Sie einiges für sich zu Hause brauchen, schauen Sie sich gut um, es ist eine Ausstellung von internationalem Niveau; aber verausgaben Sie sich bitte nicht. Mein letzter Satz soll ein Appell an diejenigen sein, die offensichtlich falsch belehrt durch ihre eigenen Entschlüsse ihre Förderung der Technischen Hoch-schule eingestellt haben. Meine Damen und Herren, ich glaube, dies ist ein falscher Groll, dies ist eine falsche Unzufriedenheit, die nach hinten heraus explodiert; denn gegen Ideologismen und gegen Utopismus ist ja nur ein einziges Kraut gewachsen, und das ist die Wissenschaft. Die Wissenschaft allein kann erweisen, daß der Kern solcher Utopismen und Ideologismen irrational ist; des-halb ist es richtig, die Wissenschaft zu fördern und wenn auch in kritischer Liebe, wie das die Stadt Darmstadt mit der Hochschule tut.

Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende dankte dem Herrn Oberbürgermeister für seine mit Beifall auf-genommene Ansprache und fügte hinzu: »Sehr viele Mitglieder unserer Vereini-

gung haben ja hier in Darmstadt studiert und fühlen sich nicht nur der Hochschule, sondern auch der Stadt Darmstadt in Erinnerung an schöne Studentenjahre sehr verbunden, und ich weiß, daß Sie selbst ja auch, schon bevor Sie die Würde des Oberbürgermeisters getragen haben, mit der Studentenschaft in einem engen Kontakt standen; ich erinnere mich noch sehr gut an einen Vortrag, den Sie in meiner Korporation, dem Akademischen Verein Darmstadt, vor einigen Jahren gehalten haben, ich weiß also, daß Sie für die Studenten in unserer Stadt etwas übrig haben.-

7. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat

Wahl der Rechnungsprüfer

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß bei den Wahlen auch sein Name zur Debatte steht, und bot deshalb für den Fall, daß eine Diskussion über seine Person gewünscht würde, an, die Leitung der Versammlung an eine neutrale Persönlichkeit abzugeben. Da eine Diskussion über die Wahlvorschläge nicht gewünscht wurde, behielt Herr Dr. Toeller die Versammlungsleitung bei und erklärte: »Auf den an die Mitglieder verteilten Stimmzetteln sind unter Wiederwahl bei Vorstand und Vorstandsrat die Herren aufgeführt, deren Amtszeit mit dieser Jahrestagung abläuft, und die sich dankenswerterweise bereit erklärt haben, bei einer auf sie entfallenden Wahl weiter in den Gremien mitzuarbeiten. Wir freuen uns, daß wir Herrn Direktor Henne, Geschäftsführer der Firma Resopal-Werk Römmler GmbH in Groß-Umstadt, für eine Neuwahl in den Vorstandsrat präsentieren können. Ich selbst bin infolge des vorzeitigen Rücktritts von Professor Hellwege durch einen Beschluß des Vorstandsrates im Januar 1972 in den Vorstand gekommen. In der Vorstandssitzung im Februar 1972, die ich vorhin schon erwähnte, bin ich dann zum Vorsitzenden gewählt worden. Da nun die Ernennung eines Vorstandsmitgliedes durch den Vorstandsrat nur bis zur nächsten Hauptversammlung wirksam ist, stelle ich mich Ihrem Votum unter Neuwahlen. Ich habe noch bekanntzugeben, daß der Senat der Technischen Hochschule in seiner Sitzung vom 10. 7. 1972 die Herren: Professor Fesel für den Fachbereich 15, Professor Fetting für die Fachbereiche 7, 8, 9, 10 und 11, Professor Oppelt für die Fachbereiche 17, 18 und 19 und Professor Elschner für die Fachbereiche 4, 5 und 6 als Vorstandsratsmitglieder nominiert hat. Bei letzterem handelt es sich um eine Neuwahl, bei den zuerst genannten drei Herren um eine Wiederwahl. Es ist mir eine angenehme Pflicht, den aus ihren Ämtern scheidenden Vorstandsratsmitgliedern für ihre wertvolle und langjährige Mitarbeit herzlich zu danken.

Nachdem keine Diskussion der Wahlvorschläge gewünscht wird, darf ich Sie nun-

mehr bitten, die in Ihren Händen befindlichen Stimmzettel mit Ihrem Votum zu versehen und abzugeben.

Nach Auszählung der Stimmzettel gab Herr Professor Klöppel das Wahlergebnis bekannt. Bei der Wahl zum Vorstand waren 52 Stimmen mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden, 2 mit Vorschlag mit Änderung einverstanden und 4 mit Vorschlag nicht einverstanden, ohne Alternativvorschlag.

Bei der Wahl zum Vorstandsrat waren 55 Stimmen mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden, 1 mit Vorschlag mit Änderung einverstanden, 4 mit Vorschlag nicht einverstanden, ohne Alternativvorschlag.

Damit sind alle Wahlvorschläge mit großer Mehrheit angenommen.

In den Vorstand wurden wieder gewählt die Herren:

Dr. Franz Wenzel, Geschäftsführer der Firma Röhm GmbH, Darmstadt
Professor Dr.-Ing. Robert Schnörr, Vorstandsmitglied der Firma Brown,
Boveri & Cie. AG, Mannheim
Professor Dr. jur. Dietrich Schultz, Technische Hochschule Darmstadt

Neu gewählt wurde in den Vorstand der Vorsitzende der Vereinigung,

Herr Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller,
Vorstandsmitglied der Firma Hartmann & Braun AG, Frankfurt am Main

In den Vorstandsrat wurden wieder gewählt die Herren:

D.-Ing. Hans Gerhard Birkle, Lindau (Bodensee), Seeheim 10
Dipl.-Ing. Ott-Heinrich Blaum, Darmstadt, Karlstraße 64
Konsul Wilfried Braun, Vorsitzender des Vorstandes der Firma Hartmann &
Braun AG, Frankfurt am Main
Dipl.-Ing. Wilhelm Dyckerhoff, Mitglied des Vorstandes der Firma Dyckerhoff-Zementwerke AG, Wiesbaden-Biebrich
Fabrikant Wilhelm Euler, Firma Max Richter KG, Nieder-Ramstadt-Darmstadt
Dipl.-Ing. Otto Feyerabend, Vorstandsmitglied der Firma Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg 7
Ehrensator Dipl.-Ing. Hans Fritz Fischer, Mitglied des Vorstandes der Firma E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik (Murgtal)

Dr.-Ing. Hans Harms, Direktor i. R., Vorsitzender des Beirates der Firma Merck, Darmstadt, Dieburger Straße 209

Dr.-Ing. Siegbert Keller, Darmstadt-Eberstadt, Heidelberger Landstraße 101

Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Leo Kollek, Direktor i. R., Mannheim, Titiseestr. 9

Dr.-Ing. Hellmut Ley, Vorsitzender des Vorstandes der Firma Metallgesellschaft AG, Frankfurt am Main, Reuterweg 14

Ehrensensator Dr. rer. pol. Hans Messer, Geschäftsführer der Firma Messer Griesheim GmbH, Frankfurt am Main

Dr.-Ing. Fritz Meyercordt, Direktor i. R., Düsseldorf, Klopstockstraße 6

Dr.-Ing. Karlheinz Nothnagel, Griesheim bei Darmstadt, Georg-Büchner-Straße 27

Heinz Osterwind, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, Junghofstraße 5—11

Dipl.-Ing. Udo Passavant, Geschäftsführer der Firma Passavant-Werke, Michelbacherhütte

Dipl.-Ing. Rolf Prange, Architekt BDA, Darmstadt, Novalisstraße 7

Dipl.-Kfm. Manfred G. Schneider, Geschäftsführender Gesellschafter Bankhaus Hardy & Co. GmbH, Frankfurt am Main-Berlin, Darmstadt, Dieburger Straße 146

Direktor Dr. Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Firma Maschinenfabrik Goebel GmbH, Präsident der Industrie- und Handelskammer Darmstadt, Darmstadt, Lossenweg 20

Neu in den Vorstandsrat gewählt wurde Herr

Direktor Dipl.-Ing. Theodor Henne,

Geschäftsführer der Firma Resopal Werk H. Römmler GmbH, Groß-Umstadt

Zu Rechnungsprüfern für das Vereinsjahr 1972/73 wurden die Herren Bankdirektoren

Tassilo Deike von der Dresdner Bank AG Darmstadt und

Joachim Schwarzkopf von der Deutschen Bank AG, Darmstadt,

durch Akklamation einstimmig gewählt.

Der Vorsitzende sprach beiden Herren den besonderen Dank der Vereinigung dafür aus, daß sie sich trotz ihrer hohen Arbeitsbelastung erneut für dieses Amt zur Verfügung gestellt haben.

Nachdem zum nächsten Punkt der Tagesordnung

8. Verschiedenes

Wortmeldungen nicht erfolgten, hielt der Vorsitzende unter **Punkt 9** der Tagesordnung seinen Festvortrag mit dem Titel

»Der Ingenieur im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld«

Meine Damen und Herren!

Der Vorstand unserer Vereinigung hat mich gebeten, den heutigen Vortrag zu übernehmen, um Sie mit Ihrem neugewählten Vorsitzenden näher bekanntzumachen.

Ich könnte mich dieser Aufgabe nun in einer Weise entledigen, wie es früher bei unserer Vereinigung bei neuberufenen Professoren üblich war, die sich uns durch einen Fachvortrag aus ihrem Arbeitsgebiet bekanntmachten.

Es läge nahe, daß auch ich in gleicher Weise verfare und Ihnen einen Einblick in mein Arbeitsgebiet gebe. Ich habe aber dieser Verlockung widerstanden und ein mehr übergeordnetes Thema, nämlich »Der Ingenieur im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld« für meinen Vortrag gewählt.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat sich im vergangenen Jahr sehr ausführlich zur Lehre, Forschung und dem Studium an den deutschen Hochschulen geäußert.

Er hat auf die Wechselwirkungen zwischen dem Leistungsstand der Wissenschaft in Forschung und Bildung einerseits und der Produktivität andererseits und auf die Bedeutung beider für die gesamtgesellschaftliche Weiterentwicklung hingewiesen und daraus — wie ich meine mit Recht — die Verpflichtung abgeleitet, zu vielen Entwicklungen an unseren Hochschulen kritisch Stellung zu nehmen.

Diese Schrift geht umfassend auf die heutige Situation an den deutschen Hochschulen ein, den Versuch einer immer stärkeren Politisierung, die heutige unzureichende Bildungs- und Berufsberatung, die Frage der forschungs- und anwendungsbezogenen Studiengänge, den derzeitigen Stand der Hochschuldidaktik, den heutigen Stand der Freiheit von Forschung und Lehre und andre, die Öffentlichkeit zum Teil stark beunruhigende Erscheinungen an unseren Hochschulen.

Ich habe deshalb nicht den angehenden, sondern den bereits im Beruf stehenden Ingenieur in den Mittelpunkt meiner Betrachtung gestellt, zumal sich hieraus Gesichtspunkte für das Studium der angehenden Ingenieure von selbst ergeben und damit auch einige der soeben angeführten Probleme zwangsläufig angeschnitten werden.

Das Thema »Der Ingenieur im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld« hat sich mir aufgedrängt, weil alle technisch-wissenschaftlichen Vereine nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern in den letzten Jahren in steigendem Maße die Erfahrung gemacht haben, daß ihre Mitglieder nicht mehr so sehr eine Förderung ihres Fachgebietes erwarten, sondern eine persönliche Unterstützung und Beratung im wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Bereich; ein Zeichen dafür, daß die Ingenieure sich immer stärker des Spannungsfeldes bewußt werden, in das sie durch die industrielle Entwicklung gestellt sind.

Mir scheint deshalb ein aktueller Anlaß für die Behandlung des gewählten Themas vorhanden zu sein, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß ich meine Ausführungen nicht als Sprecher, d. h. im Namen des Vorstands dieser Vereinigung mache, sondern meine ganz persönlichen Ansichten wiedergebe.

Beginnen möchte ich mit einer allgemeinen Betrachtung, in welcher Situation sich die Menschheit heute befindet. Ingenieure und Naturwissenschaftler bilden in ihr zwar nur einen verschwindend kleinen Anteil. Sie haben nun einmal dieses technische Zeitalter geprägt und werden es auch weiter tun. Insofern kommt eben doch der Betrachtung ihrer Situation (die in vieler Hinsicht eine Konfliktsituation ist) eine besondere Bedeutung zu.

Im Anschluß hieran komme ich dann zu dem eigentlichen Thema, nämlich der Situation des Ingenieurs in der heutigen Gesellschaftspolitik, zu den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen des von ihm getragenen technischen Fortschritts.

Hieraus lassen sich dann Folgerungen für die zukünftige Ausbildung der Ingenieure ziehen, ein Thema, auf das ich dann am Schluß meines Vortrages eingehen möchte.

Befassen wir uns also zunächst mit der heutigen Situation der Menschheit.

Der frühere Generalsekretär der UNO — U Thant — hat vor 2 Jahren Wettrüsten, Umweltverschmutzung, Bevölkerungsexplosion und wirtschaftliche Stagnation als die wichtigsten Probleme der Menschheit bezeichnet und deren Lösung als Grundlage für ein Überleben angesehen. In anschaulicher Form geht eine Studie »Die Grenzen des Wachstums« des Club of Rome näher auf diese Probleme ein. Dieser Bericht interpretiert die Ergebnisse einer am MIT in Boston durchgeführten Untersuchung und gipfelt darin, daß die Menschheit sich bald selbst zu Grabe trägt, wenn unsere Zivilisation nicht grundlegenden Änderungen unterzogen wird. Die Untersuchung erstreckt sich auf 5 Trends mit weltweiter Wirkung, nämlich beschleunigter Industrialisierung, rapider Bevölkerungszunahme, weltweiter Unterernährung, Ausbeutung der Rohstoffreserven und Zerstörung des Lebensraumes.

Zwischen diesen Größen bestehen vielfältige Wechselwirkungen, bei deren Kenntnis es möglich ist, den zeitlichen Verlauf der soeben angeführten und auch anderer Zustandsvariablen zu verfolgen. Zu diesem Zweck wurden die derzeitigen und auch andere Wachstumsgesetze ebenso wie verschiedene gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den Zustandsvariablen zugrundegelegt und mittels eines Computers ihr weiterer zeitlicher Verlauf berechnet in gleicher Weise wie bei der Untersuchung der Dynamik verketteter Regelkreise. Dieser Simulationsvorgang mag, wie von Kritikern eingewendet wurde, in vielen Ansätzen noch der Korrektur bedürfen. Aber auch bei Annahme der günstigsten Voraussetzungen, beispielsweise hinsichtlich der Rohstoffvorräte der Erde gibt die Untersuchung eindrucksvolle Hinweise, welche gefährliche Entwicklung die Menschheit eingeschlagen hat und wo der Hebel anzusetzen ist, um diese Erde auch noch vielen weiteren Generationen von Menschen sinnvoll zu erhalten. Die Abwendung einer Katastrophe sehen die Verfasser der Studie in erster Linie in technologischen Maßnahmen, wie Wiederverwendung von Abfällen, Kontrolle der Umweltverschmutzung, verlängerte Nutzungsdauer von Investitionsgütern, Nutzbarmachung unfruchtbarer und erodierter landschaftlicher Flächen. Der Ingenieur wird also in Zukunft hier wichtige Aufgaben übernehmen und seine Tätigkeit bewußter als bisher im Rahmen dieser Gesamtproblematik der Menschheit sehen müssen.

Der technische Fortschritt, dem zu dienen sich der Ingenieur als seine Zielgröße gewählt hat, kann, je mehr wir uns der auf uns zukommenden Entwicklung bewußt werden, nicht mehr alleiniger Antrieb seines Handelns sein oder dieser Begriff muß eine neue Interpretation finden, die über den rein technischen Bereich hinausgeht. Prof. Steinbuch hat in einem Vortrag über die Kontrolle des technischen Fortschritts während einer VDI-Tagung über »wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen des technischen Fortschritts« vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß der technische Fortschritt sicherlich nicht nur dann vorliegt, wenn durch technische Veränderungen eine Erhöhung der Effizienz erreicht wird. Diese für den Ingenieur naheliegende Betrachtung ist notwendig, aber eben doch nicht hinreichend. Wir müssen, wie Steinbuch sagt, zwar auf die Effizienz des technischen Fortschritts achten, aber die Effizienz an ihren Wirkungen auf die menschliche Gesellschaft messen.

Der technische Fortschritt hat es nicht vermocht, das Spannungsfeld, in dem sich der Mensch befindet, abzubauen; im Gegenteil, es ist nur noch größer und komplizierter geworden. Dem Glauben an die Technik und ihrer Möglichkeit, viele Probleme lösen zu können, ist eine Resignation — bei vielen Schriftstellern eine ausgesprochene Feindseligkeit gegenüber der Technik und ihren Trägern — den Ingenieuren — gewichen.

Warum gehört gerade die Jugend und insbesondere die akademische Jugend zu den leidenschaftlichsten Anklägern?

Sie, die heute weitgehend frei von materiellen Existenzsorgen ist, hat andere Ziele im Auge, die wegen ihres idealistischen Charakters im Prinzip durchaus von uns akzeptiert werden können: Soziale Gerechtigkeit, Humanität, größerer Freiheitsraum des Individiums, Absage von antiquierten Verhaltensformen.

Jedes Individium hat heute wesentlich stärker als es früher der Fall war den Wunsch, an der Gestaltung seiner Umwelt mitzuwirken. Ein solcher Wunsch ist m. Erm. legitim. Es läßt sich nicht leugnen, daß wir einen langwierigen Prozeß der Mündigwerdung des einzelnen hinter uns haben, und daß dieser Prozeß auch noch weitergehen wird.

Eine sinnvolle Lösung ergibt sich allerdings nur dann, wenn Verantwortung und Entscheidungsbefugnis sich auf denjenigen Ebenen abspielen, die der Befähigung und dem Funktionsbereich jedes einzelnen entsprechen. In der Industrie ist dieser Gedanke längst weitgehend praktiziert, einfach weil es ökonomisch sinnvoll ist, jeden Mitarbeiter zur Entscheidungsbildung in dem Maße mit heranzuziehen, wie es dem Gewicht seines fachlichen Urteils in der zur Entscheidung anstehenden Frage entspricht. So üben in den Industrieunternehmen viele Ingenieure, die nicht zur oberen Führungsschicht zählen, vielfach, ohne daß dieses immer sichtbar wird, erheblichen Einfluß aus.

Ich muß es mir leider angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit versagen, auf unsere heutige gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Situation und auf die gerade bei der akademischen Jugend am meisten der Kritik ausgesetzten Erscheinungsformen näher einzugehen, etwa auf den hierarchischen Aufbau in unseren Industrieunternehmungen, auf die negativen, aber auch positiven Seiten des Streß im Berufsleben, mit einem Wort: auf die industrielle Leistungsgesellschaft mit ihren Vorzügen und Nachteilen. Ich hoffe, daß es im Rahmen von Diskussionen zwischen der Hochschule und unserer Vereinigung möglich sein wird, auf solche Themen näher einzugehen, Vorurteile abzubauen, aber auch Impulse für die Verbesserung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu entwickeln. Eine auf Wandlung und Weiterentwicklung angelegte Gesellschaft braucht Kritik, die aber — und das wird vielfach übersehen — vorgeschlagene Lösungen dann auch mit dem nötigen Verantwortungsbewußtsein zu Ende denken muß.

Die industrielle Leistungsgesellschaft hat ihre Bewährungsprobe bestanden, und es geht nicht darum, sie abzuschaffen, sondern Auswüchse zu beschneiden und sie den heutigen Anschauungen und der Sehnsucht des heutigen Menschen nach stärkerer individueller Entfaltung anzupassen.

Ich möchte mich auf diese Bemerkungen über unsere gesellschaftspolitische Situation beschränken und mich nun dem eigentlichen Thema, nämlich dem Ingenieur und seiner Situation zuwenden.

Besonders nach dem zweiten Weltkrieg waren die Technik und ihre Vertreter, die Ingenieure, angesichts der technischen Mittel, die das Auslöschen von Millionen von Menschenleben ermöglichten, wachsender Kritik ausgesetzt.

In die Auseinandersetzungen griffen die Ingenieure ein, um ihr Gesellschafts- und Berufsbild zu verteidigen. Der Verein Deutscher Ingenieure führte eine Reihe von Sondertagungen durch, unter dem Titel »Über die Verantwortung des Ingenieurs«, »Der Mensch im Kraftfeld der Technik«, »Die Technik im Dienste der Weltordnung«, »Der Ingenieur und seine Aufgaben in neuen Wirtschaftsräumen«. Auf diesen Tagungen wurde in Gesprächen mit Politikern, Soziologen, Medizinern und Juristen das Tätigkeits- und Verantwortungsfeld des Ingenieurs abgezeichnet, ebenso sein Berufsbild und die ihm zustehende gesellschaftspolitische und ökonomische Rolle.

»Mensch und Technik« sind ein Thema, das in allen großen deutschen Ingenieurvereinen immer wieder von allen Seiten neu beleuchtet wird. Der langjährige Vorsitzende der Hauptgruppe »Mensch und Technik«, im VDI, Herr Prof. Kössler, schrieb: »Es geht darum, das Wirken des Ingenieurs einmal nach innen und nach außen zu umschreiben: nach innen: das Wesen der Technik und der Ingenieurarbeit zu erhellen und den schaffenden Ingenieur aus fachlicher Enge und Einseitigkeit herauszuführen, nach außen: die richtige Repräsentanz für die Ingenieurarbeit zu finden, eine gerechte Verteilung der Verantwortlichkeit für die Technik und für die menschenwürdige Anwendung der technischen Mittel.«

Aber es läßt sich nicht leugnen, daß trotz aller dieser Bemühungen der Ingenieur selbst, ganz besonders aber der Student der Ingenieurwissenschaften heute noch mehr denn je sein Berufsbild in Frage stellt. Welches sind die Ursachen für diese Identitätskrise?

Der Ingenieur ist der Initiator und der Wegbereiter neuer Technologien. Deren Wert nur mit rein technischen oder wirtschaftlichen Maßstäben zu messen ist allerdings nicht ausreichend. Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen jeder neuen Technologie, die ganze Wirtschaftszweige zum Verschwinden bringen und neue entstehen lassen können oder die langfristige unübersehbare Umweltschäden verursachen können, erhalten mit Recht ein immer größeres Gewicht. Wer aber kann sie besser übersehen als der Schöpfer dieser Technologien, der Ingenieur? Hier fällt ihm, wie schon erwähnt, für die Zukunft eine bedeutsame Rolle zu und

erfordert hohe moralische Qualitäten, etwa, wenn sein Urteil seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft.

Im täglichen Betriebsgeschehen ist es für einen Ingenieur, dem Führungsaufgaben in einem Unternehmen übertragen worden sind, nicht immer leicht, technischen Sachverstand, wirtschaftliche und humanitäre Gesichtspunkte in Einklang zu bringen.

Das Leitbild zum Handeln war vor einigen Jahrzehnten erheblich einfacher, als noch das Dogma von Adam Smith herrschte, wonach jede Leistung im Namen des Eigennutzes zwangsläufig sozusagen durch eine unsichtbare Hand in eine Handlung für den Gemeinnutz verwandelt wurde.

Der Soziologe Hartleder hat in seinem Buch »Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs; zum politischen Verhalten der technischen Intelligenz in Deutschland« darauf hingewiesen, daß die Ambivalenz des Ingenieurberufs in der ungewöhnlich heterogenen Berufsposition der Ingenieure ihren Ausdruck findet.

Die Vielfalt des Spannungsfeldes, in dem er sich befindet, führt, da er obendrein primär an rein technischen Fragen interessiert ist, vielfach leider dazu, daß er sich nicht etwa mit diesen Fragen auseinandersetzt, sondern daß er sich von ihnen abkapselt und seine Berufserfüllung darin sieht, möglichst nur mit technischen Problemen konfrontiert zu werden. Vielleicht liegt hierin die Ursache dafür, daß der Ingenieur in der Öffentlichkeit bei weitem nicht die soziale Wertschätzung erfährt, die ihm eigentlich auf Grund des Gewichtes seiner Tätigkeit zusteht sowohl was die Auswirkungen seiner technischen Erfindungen als auch was seine soziologische Bedeutung in den Unternehmungen betrifft.

Hier ist unbedingt in der Haltung der Ingenieure ein Wandel notwendig. Der Verein Deutscher Ingenieure bemüht sich seit einiger Zeit in zunehmendem Maße, nicht nur durch seine Mitglieder die Technik als solche zu fördern, sondern sich der gesellschaftspolitischen Probleme der Ingenieure anzunehmen.

Ein Ausschuß für gesellschaftspolitische Fragen befaßt sich mit den Beziehungen zwischen gesellschaftlicher und technischer Entwicklung, mit der Bewußtseinsbildung des Ingenieurs, mit der Kontrolle und Steuerung des technischen Fortschritts und mit der Möglichkeit, seitens der Ingenieure stärkeren Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen. Seitens der VDI-Mitglieder besteht aber auch in zunehmendem Maße der Wunsch, nicht nur die Stellung des Ingenieurs in unserer Gesellschaft zu festigen, sondern auch seine Stellung innerhalb seines beruflichen Wirkungskreises. Wenn sich alle politischen Parteien darin einig sind, daß unsere heutige Gesellschaftsordnung weiterentwickelt werden muß, so dürf-

ten gerade die Ingenieure als Mittler zwischen den Unternehmensleitungen und den Werk tätigen hierzu einen positiven Beitrag leisten können.

Aber auch diejenigen Stätten, die den Ingenieur nachwuchs heranbilden, müssen in gleicher Weise sich mehr als bisher dieser Problematik annehmen. Hier auf möchte ich nun im letzten Abschnitt meiner Überlegungen näher eingehen.

Wenn es schon schwer sein wird, den heute im Beruf stehenden Ingenieur ein Bewußtsein zu vermitteln, das stärker für die gesellschaftspolitischen Probleme und für die Auswirkungen seiner Tätigkeit gegenüber aufgeschlossen ist, ist es um so wichtiger, dieses Bewußtsein an die heranwachsenden Ingenieure heranzutragen.

Der junge Ingenieur muß eben nicht nur das Handwerkszeug seiner technischen Kenntnisse mitbringen, er muß auch zumindest eine gewisse Aufgeschlossenheit für die Probleme besitzen, die zwangsläufig in seiner Berufswelt und im Rahmen seines beruflichen Aufstiegs innerhalb eines Unternehmens auf ihn zukommen. Er soll mitwirken an der Verfeinerung und Verbesserung einer Wirtschaftsordnung, die sich bisher bewährt hat, die zur Absicherung unserer Zukunft aber nicht nur ökonomische, sondern in stärkerem Maße eben auch gesellschaftspolitische Bedürfnisse befriedigen muß.

Diese Zielrichtung ist noch weit von einer Anleitung zum praktischen Handeln entfernt; an den richtigen Weg müssen wir uns erst vorsichtig herantasten.

Die Ausbildung der Ingenieure wird heute noch in erster Linie von der Vorstellung beherrscht, möglichst viel fachliches Wissen zu vermitteln. Dieses bildet ja zweifellos später in der beruflichen Praxis die unabdingbare und sicherste Grundlage für jede Art von Ingenieur-Tätigkeit. Es erheben sich aber immer mehr Stimmen, die bedauern, daß es bisher nur unzureichend gelungen ist, während des Studiums andere Fähigkeiten zu wecken und zu entwickeln, die neben solidem Fachwissen heute zum Rüstzeug eines Ingenieurs gehören.

Lassen Sie mich einige davon aufführen:

1. eine der jeweiligen Aufgabenstellung und der beruflichen Position angepaßte Lern- und Arbeitstechnik. Innerhalb weniger Jahre ist das während des Studiums erworbene spezielle Fachwissen durch den raschen Fortschritt der Technik überholt. Um so größere Bedeutung erhalten deshalb m. E. in Zukunft solide Grundlagenkenntnisse, die die Möglichkeit bieten, sich schnell in neu entstehende Spezialfächer einzuarbeiten,
2. die Fähigkeit, sich an Diskussionen zu beteiligen, Argumente für und gegen

- einen Vorschlag nach Gewicht zu ordnen und als Leiter einer Diskussionsrunde nicht nur die Diskussion zu führen, sondern auch am Schluß die Folgerungen zu ziehen,
3. die Fähigkeit, im Rahmen eines Teams zu arbeiten, die zugeteilte Teilaufgabe rationell zu lösen, aber auch die dem Team gestellte Gesamtaufgabe im Auge zu behalten und andre Teammitglieder bei der Lösung ihrer Teilaufgabe mitzufördern,
 4. schöpferisches Denken und Handeln (auch Kreativität kann bis zu einem gewissen Punkt systematisiert werden),
 5. der Mut zur Improvisation und Abschätzung der Konsequenzen bei einem Fehlschlag,
 6. eine Systemplanung, verbunden mit einer Analyse des zu lösenden Problems. Vielfach führen technische Lösungen in eine Sackgasse, weil die Aufgabenstellung viel zu eng und nur im technischen Bereich gesehen wurde, eine umfassende Systembetrachtung aber unterlassen wurde,
 7. wirtschaftlich denken und handeln,
 8. Verantwortung gegenüber der Umwelt, kritische Auseinandersetzungen mit den Konsequenzen, die sich für die Umwelt ergeben.

Zu allen diesen Punkten läßt sich viel sagen. Ich darf nur einen Punkt herausgreifen, der m. Erm. bei der Ausbildung unserer Ingenieure viel zu sehr vernachlässigt wird, nämlich die Beachtung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte, oder anders ausgedrückt: das Kostendenken.

Es muß schon während der Ausbildung dem angehenden Ingenieur immer wieder vor Augen geführt werden, daß die Entwicklung eines neuen Apparates, einer neuen Maschine oder einer neuen Produktions-Methode etwa im Bereich der Verfahrenstechnik sich nicht darin erschöpft, eine Lösung zu finden, die die geforderten Funktionen technisch vollauf erfüllt.

Die jungen Ingenieure, die in die Industrie eintreten, bringen ein erfreulich solides technisch-wissenschaftliches Grundlagenwissen mit. Über die in einem Industriebetrieb hier auftretenden Kosten, deren Erfassung und deren Verrechnung bestehen jedoch meistens nur vage Vorstellungen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn junge Ingenieure sich vielfach durch rein technische Problemstellungen faszinieren lassen, dabei aber vergessen, daß ihre Aufgabe primär darin liegt, den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens, in dem sie tätig sind, abzusichern. Allgemein betrachtet, scheint mir heute eine größere Kommunikationslücke zwischen den Technischen Hochschulen und der Industrie zu bestehen als es früher der Fall war. Sie mögen den folgenden Vergleich für profan erklären, ich wage trotzdem, ihn zu bringen:

In jedem Industrieunternehmen ist es heute selbstverständlich, daß, bevor ein neues technisches Produkt entwickelt wird, umfangreiche Marktanalysen durchgeführt werden, die feststellen sollen, welche Anwendungsgebiete für das ins Auge gefaßte neue Produkt vorhanden sind, welche Eigenschaften dieses Produkt haben muß, welcher Preis für das Produkt gezahlt wird und welches die Wertigkeit der einzelnen Eigenschaften des Produktes ist (zum Zwecke einer Wertanalyse).

Analog hierzu müßten auch unsere beruflichen Ausbildungsstätten laufend Marktuntersuchungen vornehmen, um festzustellen, ob ihre Absolventen nun jene Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, die ihnen einen optimalen Marktwert sichern, d. h. die ihrer späteren Tätigkeit in der Wirtschaft entsprechenden Fähigkeiten aufweisen.

Es ist wohl unumstritten, daß hinsichtlich der Ausbildung zukünftiger Ingenieure für ihre spätere Tätigkeit noch Verbesserungen möglich sind. Hierfür sind allerdings innerhalb der Wirtschaftsverbände und der technisch-wissenschaftlichen Vereine umfangreiche Befragungsaktionen notwendig.

Es wird vielfach von den Neomarxisten kritisiert, daß sich die Wirtschaftsverbände in die Diskussionen um die Hochschulreform einschalten und auf die Gefahren der derzeitigen Entwicklung an den Hochschulen für unsere Gesamtwirtschaft aufmerksam machen. Ich bin der Ansicht, daß die Wirtschaft ein legitimes Anrecht hat, hier ihre Stimme zu erheben, denn sie ist, wie schon erwähnt, der Markt, dem die »Ausbildungsprodukte« der Hochschulen angeboten werden.

Die Wirtschaft aber ist letzten Endes unser aller Schicksal und wir alle sind daran interessiert, daß beispielsweise unsere Gesundheit auch in Zukunft in der Hand leistungsfähiger Ärzte liegt und unsere Industrieprodukte durch leistungsfähige Ingenieure entwickelt und gefertigt werden, damit wir auch weiterhin auf dem Weltmarkt unsere Stellung behaupten und unseren Lebensstandard absichern können.

In der Öffentlichkeit wird in zunehmendem Maße die Befürchtung laut, daß die Effizienz der Ausbildung an unseren Hochschulen und damit die Leistungsfähigkeit ihrer Absolventen absinkt, wenn aus falsch verstandener sozialer Einstellung die Eintrittsbarriere zu den Hochschulen, also die Anforderungen an das Abitur, weiter zu niedrig und damit die Zahl zugelassener Studienanfänger zu hoch gesetzt wird.

Und noch etwas: Wer vom Bund Freiheit der Wissenschaft — einer Vereinigung, die vielfach völlig mit Unrecht als reaktionär abgestempelt wird, und die übrigens viele Mitglieder außerhalb der Hochschulen hat — die laufend herausgegebenen Berichte erhält über die Vorgänge an unseren Hochschulen, der erhält auch heute

noch nach dem Abklingen der spektakulären Krawalle einen Eindruck davon, wie sehr Lehre und Forschung in vielen Instituten durch politische Aktionen beeinträchtigt werden. Es mag unseren Kreis mit Befriedigung erfüllen, daß die Vorgänge an der hiesigen TH in den letzten Jahren sich nicht im entferntesten mit den Vorgängen an einigen anderen Hochschulen vergleichen lassen.

Die reservierte Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber den Hochschulen geht soweit, daß Herr Prof. Balke, der frühere Bundesatomminister, schrieb:

»Die Gesellschaft kann nicht hinnehmen, ganze Jahrgänge der jungen Generation lebenslang zu schädigen, indem man sie mit Reformen betrügt, die das Leistungsprinzip als soziologische Entartungserscheinung betrachten. Die Gegner des Leistungsprinzips unter den Reformern, denen die Katastrophenerfahrung fehlt, werden von den Realitäten der Zukunft darüber belehrt werden, daß der Ersatz des Lernzwangs durch Diskussionsfreiheit von der Gesellschaft wahrscheinlich nur mit der Arbeitslosenunterstützung honoriert wird.« Soweit das Zitat!

Wenn man den Abbau der Anforderungen im Bereich mancher Geisteswissenschaften, der Soziologie und der Volkswirtschaft, und wenn man die »Überproduktion« in diesen Berufszweigen sieht, so scheint sein Hinweis auf die Arbeitslosenunterstützung durchaus nicht übertrieben.

Herr Prof. Balke fährt fort:

»Wenn die Wirtschaft — was erkennbar ist — sich nicht mehr darauf verlassen kann, daß die staatliche Bildungspolitik ihre Bedürfnisse ausreichend befriedigt und die Gefahr des Übergreifens der Gruppenstrategie aus den Bildungsinstitutionen in die Industriebetriebe akut wird, muß sie ihre eigenen Bildungsbemühungen verstärken.«

Der Gedanke von seiten der Wirtschaft, Akademien einzurichten, in denen nach dem Grundstudium solche Ingenieure weiter ausgebildet werden, die sich zu unserer heutigen Wirtschaftsordnung bekennen und das Zeug in sich haben, später einmal eine Führungsposition einzunehmen, ist in der Diskussion.

In Stuttgart genießt das Projekt einer Stiftungsuniversität offenbar sogar bei der dortigen Landesregierung wohlwollende Unterstützung, um, wie es heißt, ganzheitlich erzogene Führungspersönlichkeiten für die Wirtschaft heranzubilden, d. h. eine Elite, die imstande ist, linksradikalen Einflüssen entgegenzutreten. Daß manche Wirtschaftskreise bereit sind, erhebliche finanzielle Opfer hierfür zu leisten, sollte immerhin doch den verantwortlichen Kultusministerien mancher Länder hinsichtlich ihrer Hochschulpolitik zu denken geben.

Wir müssen wieder im gesamten Bereich unserer Universitäten zu geordneten Verhältnissen kommen, nicht durch einen Rückfall in frühere Verhältnisse mit

heute nicht mehr akzeptablen Strukturen, sondern durch Entwicklung einer Hochschulstruktur, die die Differenzierung zwischen Lehrenden und Lernenden bezüglich Wissen, Lebenserfahrung und Aufgabe nicht aus überholten und wirklichkeitsfremden politischen Beweggründen völlig beiseiteschiebt.

Wenn ein Student der Ingenieurwissenschaften sich während seines Studiums der Sehnsucht hingibt, aus seinem Leben einen Garten Eden zu machen und ohne Zwänge und ohne Leistungsansprüche sowie durch gefahrlose Gruppenprüfungen seine Hochschulausbildung zu absolvieren, so wird er um so mehr bei seinem Eintritt in ein Industrieunternehmen der Wirklichkeit gegenüberstehen, einer Wirklichkeit, die keineswegs von Natur aus böse ist, die ihn aber zwingt, seine während seines Studiums beibehaltene rezeptive Einstellung aufzugeben und aktiv tätig zu sein. Er wird in den meisten Fällen Teil eines Teams sein und dieses Team wiederum wird von ihm Leistung verlangen, denn Verweigerung von Leistung wäre unsozial gegenüber seiner Gruppe.

So vollzieht sich die geistige Umstellung des jungen Ingenieurs von der schwärmerischen Haltung, die er sich bisher leisten konnte, weil er keine Verantwortung zu tragen hatte, zu einer realistischen Betrachtung der Dinge meistens sehr schnell. Die Leistungsgesellschaft stellt sich als eine sinnvolle Institution dar, die ihre größten Flegeljahre hinter sich hat und heute einen privaten Wohlstand erzeugt hat, den wir uns vor zwanzig Jahren nicht hätten träumen lassen.

Der Bankier Freiherr von Bethmann schrieb kürzlich in der FAZ in einem vielbeachteten Artikel »Wider die Kritiker des Kapitalismus«, daß die systematische Verteufelung unseres heutigen Wirtschaftssystems zu einem großen Teil auf der weit verbreiteten Unkenntnis der Wirklichkeit beruht.

Diese Zusammenhänge erfaßt der junge Ingenieur sehr schnell, einerlei, wo in einem Industrieunternehmen seine Tätigkeit beginnt. Er stellt aber auch mit Erstaunen fest, daß ein Industrieunternehmen nicht allein aus Befehlsgebern und Befehlsempfängern besteht, sondern daß seinem Wunsch nach echter Mitwirkung in den meisten Unternehmen heute weitgehend Rechnung getragen wird. Jeder Vorgesetzte, der es nicht versteht, echte Diskussionen zu entfachen und zu Ende zu führen, kann sich auf die Dauer gegenüber seinen Mitarbeitern, aber auch gegenüber seinen Vorgesetzten nicht behaupten.

Jedes Industrieunternehmen ist daran interessiert, daß in ihm ein gutes Betriebsklima herrscht, daß die Mitarbeiter Freude an ihrer Arbeit haben und nicht als Auswuchs eines Jobdenkens sofort die Firma verlassen, wenn deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert.

Es besteht deshalb das Problem, in welcher Form und in welchem Umfang die angehenden Ingenieure mit diesen Problemen vertraut gemacht werden können.

Im Mai d. J. hat eine deutsche UNESCO-Kommission gemeinsam mit dem Verein Deutscher Ingenieure ein mehrtägiges Symposium über das Thema »Die Ausbildung von Ingenieuren unter besonderer Berücksichtigung ihrer sozialen Verantwortung« durchgeführt. Die hier gehaltenen Referate und Diskussionen zeigten, wie unterschiedlich doch die Auffassungen in den verschiedenen Ländern sind. Das eine Extrem bildet die Meinung, das Studium soll möglichst kurz sein und sich nur mit rein technisch-wissenschaftlichen Grundlagen befassen (England) und das andere Extrem stellt die Meinung dar, von Beginn des Studiums an könne eine Mitarbeit an größeren Projekten erfolgen, um Systemtechnik und Teamarbeit zu lernen (in den Oststaaten).

In der zukünftigen Studienreform wäre sicherlich eine sinnvolle Synthese zwischen reinem Fachstudium und der Mitarbeit an größeren Projekten durchaus sinnvoll. Das Education Committee des MIT hat festgestellt, daß die Studenten in den USA, und das gilt sicherlich auch in Deutschland, eben nicht nur eine reine Berufsausbildung erwarten, sondern auf ihre spätere Tätigkeit sinnvoll vorbereitet werden möchten.

Sie kritisieren, daß die Wissensvermittlung völlig losgelöst von den menschlichen Problemen erfolgt, denen sie dann im Beruf gegenüberstehen, und daß ihre Hochschullehrer zu einem großen Teil ausgezeichnetes Wissen in ihrem Spezialfach besitzen, aber ihnen keine Motivation für ihre spätere Berufstätigkeit geben und ihnen nicht die Fähigkeit vermitteln können, sich in komplexe Sachverhalte und Zusammenhänge hineinzufinden.

Ansätze zu einer Hochschulausbildung, die die soziale Verantwortung des Ingenieurs einschließt, also zu überfachlichen Veranstaltungen, in denen die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Naturwissenschaft und Technik auf der einen Seite und philosophischen, soziologischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf der anderen Seite aufgezeigt werden, sind vielfach gemacht worden, hauptsächlich in den USA, aber auch hier in Deutschland. Herr Professor Naudascher von der Universität Karlsruhe hat hierüber in dem schon erwähnten UNESCO-Symposium kürzlich in München berichtet.

Das überfachliche Studienprogramm setzt sich in Karlsruhe folgende Ziele:

- Erweiterung des Grundlagen- und Fachwissens, soweit es zum Verständnis der systemhaften Zusammenhänge zwischen Technik, Gesellschaft und Umwelt im weitesten Sinne erforderlich ist.
- Förderung des Bewußtseins der eigenen Verantwortung bei der Gestaltung des Gesamtsystems Mensch — Gesellschaft — Umwelt und des persönlichen Engagements.

- Förderung der Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit mit Vertretern anderer wissenschaftlicher Disziplinen.
- Einführung in neuere Arbeitsmethoden, die die Analyse, Simulation, Synthese und Optimierung von Systemen erlauben und für das jeweilige Fachgebiet relevant sind.
- Schulung der Artikulationsfähigkeit, insbesondere im Hinblick auf die zu aktivierende Mitwirkung bei der Auswahl und Realisierung der erarbeiteten Alternativen.
- Einleitung eines gesellschaftlichen Lernprozesses, der zur Entwicklung eines an den Erfahrungswissenschaften orientierten neuen Wertesystems notwendig ist, eines Wertesystems, das menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse über wirtschaftliche Interessen stellt und richtungsweisend bei einer bewußten und rationalen Gestaltung der Zukunft zu wirken hätte.

Es handelt sich hier um ein Programm, das nur schrittweise realisiert werden kann; aber die neuen Gesichtspunkte dieser Hochschulausbildung sind bemerkenswert. Die Beschäftigung mit komplexen Fragen, die etwa ökologische und gesellschaftspolitische Probleme miteinschließen, fördert die Befähigung zur Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Ingenieuren anderer Disziplinen.

Die an unserer hiesigen TH geplanten und sehr zu begrüßenden neuen interdisziplinären technisch-, natur- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge sowie die neuen Ausbildungsrichtungen, wie Informatik, Stadt- und Regionalplanung und biomedizinische Technik liegen auf der gleichen Linie.

Es ist erfreulich festzustellen, daß an vielen Stellen daran gearbeitet wird, im Bereich der technischen Wissenschaften nicht nur neue der Entwicklung angepaßte Berufsbilder zu entwickeln, sondern auch den Blick der Studierenden über ihr technisches Fachgebiet hinauszulenken. Hoffen wir, daß damit in Zukunft die in die Praxis eintretenden Ingenieure eine größere Bereitschaft zeigen, sich den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Problemen zu stellen und an der sinnvollen Weiterentwicklung unserer menschlichen Gesellschaft mitzuwirken.

Meine Damen und Herren!

Ich habe versucht, Ihnen darzulegen, daß der Umwandlungsprozeß, dem die menschliche Gesellschaft zur Zeit unterworfen ist, besonders den Ingenieur und den Naturwissenschaftler in der Industrie in ein gesellschaftspolitisches Spannungsfeld versetzt hat.

Es läßt sich aber nun einmal nicht übersehen, daß die technologische Entwicklung immer stärkere Konsequenzen im wirtschaftspolitischen und im soziologischen Bereich hat. Damit ist dem Ingenieur die Verpflichtung auferlegt, stärker als bisher an der Gestaltung unserer Zukunft mitzuarbeiten und aus dem rein techno-

logischen Wirkungsbereich herauszutreten. Der Verein Deutscher Ingenieure, die größte europäische Standesvertretung dieser Art, wird sich in nächster Zeit verstärkt gesellschaftspolitischen Fragen des Ingenieurs widmen, nicht zuletzt, um diesem Berufsstand die Beachtung zu geben, die ihm auf Grund der Tragweite der technologischen Entwicklung zukommt. Dieses Bemühen muß aber auch bei der Ausbildung unserer Ingenieure ihren Niederschlag finden. Ansätze hierzu sind weltweit, erfreulicherweise auch an unserer Technischen Hochschule hier in Darmstadt vorhanden. Besonders hervorgehoben sei das neugegründete wissenschaftliche Zentrum für Umweltechnik und Umweltplanung, das das Verantwortungsbewußtsein für technisches Handeln schärft, die angehenden Ingenieure mit dem Systemdenken vertraut macht und die interdisziplinäre Integration fördert. Meine Gedanken möchte ich verstanden wissen als ein Ausgangspunkt für neue Gespräche zwischen unserer Vereinigung, der Hochschulschule, der Professorenschaft und hoffentlich später auch einmal unserer Studentenschaft. Vielleicht wird es dann wieder möglich sein, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zu kommen.

Das Schlußwort sprach Herr Professor Dr.-Ing. Dr. Ing. E. h. Kurt Klöppel:

Sehr geehrter Herr Dr. Toeller!

Sie können sich als Leiter der Veranstaltung nicht gut selbst danken und so habe ich als zweiter Vorsitzender der Vereinigung die sehr angenehme Aufgabe, Ihnen unseren Dank für Ihren Vortrag auszusprechen, der uns interessante Anregungen vermittelt hat, einmal aus der Sicht eines führenden Ingenieurs der Industrie, andererseits aus der Sicht eines Mannes, der in vielen Positionen gemeinnütziger und überregionaler Art Gelegenheit gehabt hat, Einblicke zu gewinnen in die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Hochschule.

Wir danken Ihnen dafür sehr und wünschen, daß diese Anregungen unter Ihrer Ägide eine recht fruchtbare Erörterung erfahren, und damit darf ich gleich ein herzliches »Glück auf« verbinden für Ihre Tätigkeit als Vorsitzender unserer Vereinigung.

Ich schließe die Mitgliederversammlung mit einem herzlichen Dank für Ihr Erscheinen.

Im Anschluß an die Hauptversammlung fand ein geselliges Beisammensein der Mitglieder, Gäste und ihrer Damen im Gartensaal des Georg-Moller-Hauses statt.

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller

Dr. Franz Wenzel

Vorsitzender

Schatzmeister und Schriftführer